

Dres  
Gasht  
Orbhen  
Ridh  
Manu  
Mart  
S  
Schul  
Eig. Rep  
L  
Web  
F  
F  
Lat  
J  
U  
AN  
MER  
G  
Saal  
Einf  
schu  
Ka  
Spie  
G  
K  
W

Parteien sind in der Entscheidung ihrer Mitglieder Brauns und Geisel im Kabinett Luther ebenfalls Regierungsparteien — der Zollvorlage zustimmen werden.

Der Maroffkrieg und die Steuerraubpläne der Linkregierung boten den Massen sehr bald die gewünschte Gelegenheit, die Taten dieses famolen Linksblocks am eigenen Leibe in aller Deutlichkeit zu studieren. Die Kommunisten besaßen gegen das Kriegsbudget und die Steuerraubpläne vom ersten Augenblick an eine unverweibliche Kampfbildung. Sie wandten sich zum wichtigsten Male an die Sozialdemokraten und die reformistischen Verbände, die Reaktionsorgane der Bourgeoisie mit ihnen gemeinsam zu bekämpfen, die Koalition mit der Bourgeoisie gegen die einheitliche Kampffront der Arbeitenden zu zerstören. Die Sozialdemokraten schützten mit Verachtung auf ihren „Kampf gegen die poincaristische Reaktion“, der nur innerhalb des Linksblocks möglich wäre, konsequent ab. Nun kamen sie in ihrem „Kampf gegen die Poincaristen“ so weit, daß sie die Koalition zusammen mit allen Poincaristen gegen die Stimmen der einzigen Arbeiterpartei Frankreichs gegen die Vertreterin der breiten und kriegerischen Massen stellten. Sie sind bei Poincaré angelangt.

Die kommunistische Arbeit blieb nicht ohne Erfolg. Die sozialdemokratischen Führer sind von den Massen unter Druck gesetzt. Sie können nicht mehr wie sie möchten. Die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter stehen, dem Rufe der Kommunisten folgend, vor der aufrechten Haltung der Kommunisten angezogen, Schulter an Schulter mit den kommunistischen Arbeitern im Kampfe gegen das imperialistische Kriegsbudget.

Der Linksbloß ist in Liquidierung. Nicht weil einige sozialdemokratische Postillen „Gewissensbisse“ bekommen haben. Er ist insanken geraten unter den Schlägen der Arbeitermassen, die nicht mehr geneigt sind, diesen Schwindel zu unterstützen, die dank der Aufklärung der Kommunisten um einen großen Schritt zur wirtlichen Kampffront aller Arbeiter nähergerückt, von den bürgerlich-demokratischen Illusionen geheilt wurden. Herr Painlevé mag sich, zusammen mit der ganzen sozialdemokratischen Fraktion oder mit einem Teil von ihr auf die Poincaristen stützen, weiterregieren und den Krieg noch einige Zeit weiterführen. Die Sozialdemokraten mögen das Schauspiel der Umarmung mit poincaristischen Generalen fortsetzen — Die französische Arbeiterklasse hat unter Führung der kommunistischen Partei den Weg zur proletarischen Einheit trotz Linksbloß und Sozialdemokratie gefunden. Dies ist das Pfand ihrer zukünftigen Erfolge, ihres schließlichen Sieges. Die französische Sozialdemokratie marschiert, ob geschlossen oder gespalten, zu Poincaré ab. Die Arbeiterklasse aber folgt ihr auf diesem Wege nicht.

### Wenn die parlamentarische Opposition gegen die Zollvorlage nichts nützt, was dann?

Nun wird doch der Versuch gemacht, die Zollvorlage der Luther-Regierung bis zum 18. Juli durchzusetzen. Am Mittwoch begann die Beratung; die Vorlage soll nach der 1. Lesung sofort an den handelspolitischen Ausschuss gehen, wo sie in ein paar Sitzungen durchgehandelt werden soll, daß sie allen Kapitalisten etwas, der ausführenden Gruppe, den Schwerindustrieellen und den Junkern aber das meiste gibt. Sie wird durchgebracht werden. Deutschnationale und Volksparteier sind dafür und die beiden anderen Regierungsparteien (vom „Vollbloß“) die Demokraten und die Zentrumslente, zum mindesten nicht grundsätzlich dagegen. Die dritte Partei des „Vollbloßs“, die Sozialdemokratie aber, kündigt „schärfste“ Opposition an! Der „Mittwochs-„Vorwärts““ schreibt: „Kampf dem Zollwucher!“

Wie soll dieser Kampf aussehen? Wendet sich die dritte „Vollbloß“-Partei prinzipiell gegen die Zollvorlage? Sie wendet sich gegen die Form der Zollvorlage und führt die Linie, die der „Vorwärts“ vom 21. Juni angab, fort. In dieser Form ist die Zollvorlage unannehmbar, das war der Tenor des sozialdemokratischen „Kampfes“. Und jetzt, wo der parlamentarische Kampf aus ist, wo die Zollvorlage im Parlament beraten wird, schreibt Stämpfers Blatt: „Umso machtvoller wird die Sozialdemokratie ihren Kampf gegen den Zollwucher und gegen die Gefährdung der großen verarbeitenden Industrien aufnehmen.“

Zunächst ist also festzustellen, daß sich der „Kampf“ gegen die Zollvorlage richtet. Gut so, wo aber bleibt der Kampf gegen die Industriezölle, die für die Arbeiterklasse ebenso eine „Schreckung“ sind? „Kampf der „Vorwärts““ gegen die Industriezölle, weil sie die Arbeiter bedrohen? Offenbar nicht; er wendet sich gegen sie, weil die „große verarbeitende Industrie“ gefährdet wird. Das ist die „Kampfführung“, wie beim internationalen Orientiert, gegen das der „Vorwärts“ polemisiert, weil die verarbeitende Industrie gefährdet wird. Und wer etwa nicht glauben sollte, daß die Sozialdemokraten die Interessen der verarbeitenden Industrie vertreten, den wollen wir darauf hinweisen, daß der „Vorwärts“ feststellt, daß die letzte Zollvorlage eine „Benachteiligung“ dieser Industrie darstellt! Also eine „Benachteiligung“ für die Industrie, und was für die Arbeiter? Das vergißt der „Vorwärts“ konsequent zu sagen. Laut wehrt er gegen Schwerindustrie und Junker, die „unerfährlich und profitbringend“ sind.

Gut, das ist richtig. Wer aber ist gegen die Zollvorlage? Hat das Zentrum sich gegen die Zölle ausgesprochen? Adolfer und Thälens werden sich hüten. Haben die Demokraten Opposition gemacht? Sie treten ein für „gemäßigten Zollschutz“, was jeder in ihrer Presse nachlesen kann.

Warum sollen sie auch opponieren? Diese Zollvorlage ist doch auch ein Kleinlein, das den „Vollbloß“-Kanzler Marx zum Vater hat, der sie den Deutschnationalen als „Kompensation“ für ihre 50prozentige Abtötung über die Damesgeleise verspricht! Und jubelten nicht damals, am 29. August, die ehrenwerten Sozialdemokraten über die „Vernunft“ der Deutschnationalen? Nun, die „Vernunft“ wird belohnt, und was Marx verspricht, löst Luther ein. Warum also das Geiseld? Die Zollvorlage ist das Äquivalent für die gefällige Abkommandierung der Deutschnationalen ins Ost.

Aber die Zollvorlage ist da; sie bedroht die arbeitenden Massen. Wie gedenkt die Sozialdemokratie den Kampf gegen sie zu führen? Uns scheint es nicht genug zu sein, wenn der „Vollbloß“ eine lange, aber, wie der „Vorwärts“ sagt, „große“ Rede hält.

Parteien sind in der Entscheidung ihrer Mitglieder Brauns und Geisel im Kabinett Luther ebenfalls Regierungsparteien — der Zollvorlage zustimmen werden.

Parlamentarische Opposition wird nichts nützen!  
Was will die Sozialdemokratie tun, um den angekündigten Kampf gegen die Zollvorlage, durch Anwendung außerparlamentarischer Mittel erfolgreich zu gestalten?

### Der Protest der Arbeiter gegen die Polizeimißtür

Die Belegschaft und der Betriebsrat der Druckerei „Feunag“ nahmen gestern in einer Betriebsversammlung Stellung gegen das Vorgehen der Dresdner Polizei. Folgende zwei Resolutionen wurden einstimmig angenommen:

Dresden, den 26. Juni 1925.

#### Resolution.

Der Gesamtbetriebsrat der Druckerei „Feunag“, Dresden erhebt schärfsten Protest gegen die vom Polizeipräsidenten Kühn durchgeführte Hausdurchsuchung in den Räumen der „Arbeiterstimme“ und „Feunag“-Druckerei. Aufschärfte verurteilt der Gesamtbetriebsrat die gewalttätige Öffnung der Redaktionsbüros. Die Öffnung des Schreibzimmers des Abgeordneten Renner ist eine grobe Verletzung der Immunität. Wir fordern vom Innenministerium die sofortige Abberufung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Kühn wegen Ueberschreitung seiner Amtsbezugnis.

#### Gesamtbetriebsrat der Druckerei „Feunag“.

Abolf Urtl. Vorsitzender.

Paul Woson, Martin Schäfer, Otto Steppner.

#### Resolution.

Der Betriebsrat der Druckerei „Feunag“ protestiert gegen die Verletzung der Immunität des Landtagsabgeordneten Gabel, des Reichstagsabgeordneten Radel durch die politische Abteilung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Kühn, welche am 26. Juni 1925 die Arbeitsräume dieser zwei Abgeordneten durchsuchte. Trotz des Protestes des Genossen Gabel und des Sekretärs des Abg. Radel M. Schneider erklärten die Beamten, den Auftrag erhalten zu haben vom Polizeipräsidenten Kühn und die Zustimmung des sozialdemokratischen Landtagspräsidenten Winkler die Hausdurchsuchung vorzunehmen.

Der Betriebsrat verlangt Abberufung des Polizeipräsidenten Kühn wegen Ueberschreitung seiner Amtsbezugnis.

J. U. Adolf Urtl, Betriebsratsvorsitzender.

Arbeiter! Schlicht auch dem Protest der Kollegen des Betriebs „Feunag“ an!

Protestiert gegen die Kommunistenhege!

### Die Betriebsräte für den Kampf gegen die Wucherzölle

Berlin, 27. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Die aus SPD, KPD und Parteiloosen zusammengesetzten Betriebsräte der Berlin-Lichtenberger Betriebe Wda, Tenner, Kriadne, Uden, Gomerl, Wallerwerk, Wegner, Deutsche Kabelwerke und Knorrzeme, zusammen etwa 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen, appellieren in einem gemeinsamen Aufruf an alle Werttätigen zur Herstellung der Einheitsfront gegen die Wucherzölle und fordern vom ADGB:

1. Massendemonstrationen in ganz Deutschland während der Beratung der Zollvorlage, verbunden mit schärfster parlamentarischer Obstruktion, auch gegen die Landesregierungen, die die Zollvorlage unterstützen.
2. Durchführung des Volksentscheids, falls dennoch durch Regierung und bürgerliche Parteien die Zollvorlage durchgepeitscht wird.
3. Demonstrationstreif als schärfstes gewerkschaftliches Mittel, falls die Regierung durch Gewaltmittel den Volksentscheid verhindert oder beeinflusst, oder sein Ergebnis ignorieren will.

Der Demonstrationstreif ist dann auch zu verbinden mit den Forderungen:

Abschaffung des Wahlzensus, Aufhebung der Lohn- und Mietsteuer, Entwaffnung der Monarchisten.

Die Betriebsräte haben den ADGB, die SPD und die KPD um Unterstützung ersucht. Die KPD hat bereits ihre volle Zustimmung und Unterstützung erteilt. Zugleich wurde ein Betriebskomitee aus je 2 kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Kollegen gewählt.

### Für die Gewerkschaftseinheit gegen die Schutzzölle

Wittenberg, 27. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Eine Belegschaftsversammlung der Sprengstoffwerke Rheinsdorf, in denen seinerzeit die große Explosionskatastrophe war, beschloß nach einem Referat des Genossen Ledemann, Kundgebungen, worin sie sich für die Gewerkschaftseinheit und für den Standpunkt der englischen Gewerkschaftsdelegation aussprechen. Weiter wird vom ADGB die sofortige Kampfaufnahme gegen die Zölle auf Grund des von der KPD vorgeschlagenen Aktionsprogramms gefordert. An den Ausschuss für Handel und Gewerbe im preussischen Landtag richtet die Belegschaft die Anforderung, den Anträgen der Kommunisten im Landtag weitgehendste Rechnung zu tragen, da es Pflicht des Parlaments ist, die Opfer und Hinterbliebenen der Explosionskatastrophe von Rheinsdorf durch Gesetz voll zu unterstützen.

Berlin, 27. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Belegschaftsversammlung der Baustelle Elektrizitätswerk Charlottenburg, 1500 Mann stark, fordert in einer Resolution Kampf gegen den Zoll- und Steuerraub und für die Kontrolle der Produktion durch Organe des Proletariats. Die Betriebsräte rufen zugleich zur Betriebsratsvollversammlung aller Charlottenburger Betriebe auf.

### „China den Chinesen!“

Massenkundgebung in Leipzig.

Leipzig, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In überfülltem Saal fand eine Massenkundgebung „China den Chinesen“ statt. Unter stürmischem Beifall sprach ein kommunistischer und ein sozialistischer Student aus China und weiter ein Vertreter der KPD. Ein Telegramm, in dem den kämpfenden Massen in China die proletarische Solidarität versichert wird, wurde abgelesen. Die Versammlung nahm entsprechende Resolutionen an. Anschließend marschierten sämtliche Versammlungsteilnehmer in gewaltigem Demonstrationzug — etwa 5000 Arbeiter — zum Reichsgerichtshof, um zugleich gegen den Staatsgerichtshof zu demonstrieren und die volle Amnestierung zu fordern.

### Dille bringen

Berlin, 27. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichverband der deutschen Industrie richtete an den Zentralverband des deutschen Banken- und Bankiergewerbes ein streng vertrauliches Rundschreiben, welches bemerkt, daß die primäre deutsche Unternehmerrschaft immobilisiert wird, um die polsarbeiter wieder zu schlagen. In dem Rundschreiben heißt es: „Es versteht sich von selbst, daß ein vorzeitiges Zusammenbrechen der vom Holzgewerbe eingeleiteten Aktion auf dem Gebiete der Lohnpolitik leicht Konsequenzen haben wird, die sich auch in den übrigen Unternehmungen zum Nachteil des Arbeitsfriedens und unter Umständen in erhebliche weitere Belastungen weiterer Vorkämpfe auswirken werden. Es ist demzufolge ein gemeinsames Interesse der deutschen Arbeitgeberkassen an der erfolgreichen Durchführung der Ausperrung im Holzgewerbe gegeben. Im Hinblick darauf richten wir an Sie die Bitte, in den naheliegenden Kreisen des Zentralverbandes des Deutschen Banken- und Bankiergewerbes darauf hinzuwirken, daß bei der weiteren Behandlung der den ausperrenden Firmen gemähten Kredit während der Zeit der Ausperrung diejenige Rücksicht genommen wird, die die erfolgreiche Durchführung der Ausperrung verlangt und die die finanziellen Verhältnisse der ausperrenden Betriebe aus unbedenklich erscheinen läßt.“

Gegenüber diesem organisierten Gesamtirrtum der Ausbeuter hält der Holzarbeiter-Verband nach wie vor an seiner Forderung fest und fällt sogar darauf herein, in bezüglichen Verhandlungen mit den Unternehmern über die Beendigung der Ausperrung ein Wirtschaftsgebiet nach dem anderen abzuschließen zu lassen.

### Die bulgarischen Fenster gegen die revolutionäre Jugend

Sofia, 26. Juni. Im Prozeß gegen die Mitglieder der geheimen Verbände der kommunistischen Jugend hat das Kriegsgericht das Urteil gefällt: Ungefähr 20 junge Männer und Mädchen wurden zu Gefängnisstrafen zwischen 15 Jahren und einem Jahre verurteilt. Das Gericht beschloß, den König um Milderung der Strafen zu eruchen. Die Tochter des kommunistischen Führers Palakoff wurde freigesprochen und aus der Haft entlassen.

### Der Verrat der französischen Sozialisten

Der Linksbloß wird zum Rechtsbloß.

In Frankreich ist in Wahrheit die „Vera des Linksbloßs“ längst zu Ende. Sie war es schon, bevor Herriot kürzte, schon als er im letzten Herbst aus Gené zurückkehrte. Trotzdem blieben die Sozialisten in diesem rechten „Linksbloß“. Und als nach Herriot das absolut reaktionäre Kabinett Painlevé kam, hielten diese „Klassenkämpfer“ vor ihren Wählern die Illusion eines Weiterbestehens des Linksbloßs fest. Caillaux' reaktionäres, arbeiterfeindliches Steuerprogramm erschwerte zwar den Herrschaften diesen großen Arbeiterbetrug. Und der Maroffkrieg hat sie jetzt als würdige Brüder und Genungsgenossen der SPD und der bulgarischen Junker-Sozialdemokraten entlarvt.

Die SPD vernahm es, beim spanischen Handelsvertrag die monarchistische, reaktionäre Luther-Regierung zu stützen; der „Vorwärts“ nennt es etwas „Kampf gegen den Monarchismus“.

Ganz ähnlich war jetzt die Lage im französischen Parlament bei Painlevés Rede über den Krieg in Maroff. Die Mehrheit der Sozialisten stimmte für Painlevé und sprach der Regierung des imperialistischen Ausbeuterkrieges in Maroff das Vertrauen aus. Der „Vorwärts“ ist darüber so entsetzt, daß er „Painlevés große Mehrheit“ in großer Aufmachung seinen Arbeitern vorlegt! Das heißt doch nichts anderes, als die französischen Ausbeuter tun sehr gut daran, wenn sie das französische maroffanische Volk überfallen, wenn sie ein bißchen „Kultur“ (die SPD würde sagen „Kultur“) verbreiten mit giftigen Gasbomben und ähnlichen „Kulturerrungenschaften“, so tun gut daran, französische Arbeiter und Bauern ins Kitzeln zu lassen, um dort zur Wehrung der Ausbeuterprofite ihr junges Leben zu lassen. Die Maroffaner sind einfach sehr ungebildet, sonst würden sie sich nicht so verarmelt gegen die Sequenzen der Ausbeuterkultur wehren, namentlich wenn ein „sozialistischer“ Linksbloß sie ihnen identen will. Und die Kommunisten sind einfach Schurken, Landesverräter, die an den Galgen gehören. Wie könnten sie sonst erklären: „Die Maroffaner haben recht, sich zu wehren. Französische Arbeiter, ihr habt keinen Grund, die Maroffaner in ihrem eigenen Lande anzugreifen und euch selbst todschießen zu lassen. Dieser Krieg soll nur den Ausbeutern neue Gewinne schaffen. Verbrüder euch mit den Maroffanern!“

Der „Linksbloß“ ist zwar geteilt, aber er ist jetzt ein völlig reaktionärer Rechtsbloß. Die 60 Sozialisten, die für Painlevé stimmten, haben die Partei nicht hinter sich. Die Krise in der Partei wird noch schärfer in Erscheinung treten unter den französischen Arbeitern selber. Der Maroffkrieg in Verbindung mit der infolge der Inflation sich rapid verschlechternden Wirtschaftslage des Proletariats wird die französischen Arbeiter rasch revolutionisieren.

### Die französische Militärmariäa verurteilt eine Jugendgenossin zu 3 Jahren Gefängnis

Wiesbaden, 27. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der dem französischen Kriegsgericht hand die Jugendgenossin Lina Müller, weil sie in den Kavernen unter den französischen Soldaten Flugblätter gegen den Krieg verteilt hatte. Der militärische Staatsanwalt beantragte 2 Jahre Gefängnis, das Gericht ging darüber hinaus und verurteilte sie zu 3 Jahren Gefängnis.

### Englands Angriffe gegen Sowjet-Rußland

Vollständiger Abbruch der Beziehungen

London, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der „Daily Telegraph“ richtet in sensationeller Aufmachung außerordentlich heftige Angriffe gegen Sowjet-Rußland und fordert die englische Regierung auf, die Beziehungen mit Rußland vollständig abzubrechen und den russischen Geländen Katsowit aus England auszuweisen. Als Begründung werden die üblichen antisowjetischen Lügen gebraucht: Sowjetagenten und Sowjetgeld seien angeblich hinter der fremdenfeindlichen Bewegung in China tätig, der russische Posthalter in Peking unterläge die Aufständischen; die chinesische Regierung müsse aufgefördert werden, ihn ebenfalls aus Peking auszuweisen. Das britische Kabinett wolle unverzüglich dazu Stellung nehmen, daß Sowjet-Rußland das im Jahre 1921 abgeschlossene englisch-russische Handelsabkommen gebrochen habe und weiterhin russische Handelsabkommen in Asien agitiere. Da gegen den ausländischen Imperialismus in Asien agitiere, so man sehe, daß Rußland gegen die Inflation insgesamt geharnühten sich die führenden Mächte dieser gemeinsamen Welt gegenüber nicht nur in China, sondern überall zusammenschließen und gemeinsam Vorkitt machen.